

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibenschleifereien und Glasereien, für Gipser, Püger, Stukkateure, Asphaltteure, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseger, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abzählungen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreizehngespaltene Kleinzeile 3 M.
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.

Konferenzen der Baukontrolleure.

Nach einer Anregung durch die am Bauarbeiter-schutz interessierten Verbände hat der Vorstand des DGB, beschloffen, im Februar und März 5 Konferenzen der Baukontrolleure abzuhalten. In diesen Tagungen soll über die Tätigkeit und Befugnisse der Baukontrolleure gesprochen werden, Erfahrungen sollen ausgetauscht, ferner soll eine einheitliche und nachdringende Tätigkeit, eine engere Fühlungnahme der Baukontrolleure herbeigeführt werden.

- Die Konferenzen sind so gedacht, daß daran nicht nur die Baukontrolleure beteiligt sein sollen. Auch Vertreter der für den Bauarbeiter-schutz in Frage kommenden Gewerkschaften, ferner die örtlichen und Landesbauarbeiter-schutzkommissionen und unsere Vertreter in den Parlamenten sollen daran beteiligt sein, so daß ein größerer Kreis von Teilnehmern von vornherein gesichert ist. Wir halten es auch für notwendig, daß unsere Baugewerkschaften daran teilnehmen. Mögen nun diese Veranstaltungen der Propaganda für den Bauarbeiter-schutz einen erneuten kräftigen Aufschwung geben! Die Konferenzen finden statt in:
- Stuttgart am 28. Februar 1926 im Gewerkschaftshaus, Festsaal, Eßlingerstr. 19, Beginn 9 1/2 Uhr. Unterkunftsbestellung an Jakob Weimer, Stuttgart, Kangleistr. 33, 3. Et., Eingang Militärfstraße.
- Leipzig am 7. März 1926 im Volkshaus, Garten-saal, Zeiher Straße 32, Beginn 9 1/2 Uhr. Unterkunftsbestellung an Erich Schilling (Orts-ausschuß), Leipzig, Zeiher Straße 32, Zimmer 112.
- Berlin am 14. März 1926 im Gewerkschaftshaus, Saal I, Engelauer 24/25, Beginn 10 Uhr. Unterkunftsbestellung an Karl Bollmerhaus, Berlin, Engelauer 24, 4. Et.
- Hamburg am 21. März 1926 im Gewerkschaftshaus, Wefenbinderhof 57, Beginn 9 Uhr. Unterkunftsbestellung an K. Fein, Hamburg, Wefenbinderhof 57, 3. Et.
- Wien am 28. März 1926 im Gewerkschaftshaus, Saal I, Seberinstr. 199, Beginn 10 Uhr. Unterkunftsbestellung an A. Kreibohm, Seberinstr. 199, 2. Et., Zimmer 11. (bis spätestens 20. März.)

Als Tagesordnung in allen Konferenzen ist vorgesehen zunächst ein Vortrag des Bauarbeiter-schutzsekretärs Kollegen Sachs über die Aufgaben der Baukontrolleure bei der Bekämpfung der Berufsgefahren im Baugewerbe. Ferner soll gesprochen werden über die Zusammenfassung der Bauarbeiter-schutzbestrebungen in den betreffenden Bezirken. Hierzu wird auf jeder Konferenz ein Ländervertreter den einleitenden Vortrag halten.

Wo bleiben die Wirtschaftsführer?

In der Zeit des glänzenden Aufstieges der deutschen Industrie gab es in Deutschland noch so etwas wie Wirtschaftsführer. Sie entsprossen dem unverdringlichen jungfräulichen Boden eines nach Licht und Luft ringenden Volkes, wurden mit ihren Werken groß und genossen den Vorzug, einer noch unvollkommen entwickelten ausländischen Konkurrenz gegenüberzustehen. Die Krupp, Siemens und Mathias Simmes waren zweifellos bemerkenswerte Talente. Sie schufen teilweise die Grundlagen, als Werkzeuge ihrer Zeit, von wo aus den deutschen Erzeugnissen der Weg zum Weltmarkt geöffnet werden konnte. In einer späteren Generation der Wirtschaftsführer sah man Männer, wie Emil Kirckhoff, August Thyssen, Emil Rathenau, Georg v. Siemens, Karl Fürstberg, Albert Ballin und andere, die auf ihrem Gebiete zweifellos Hervorragendes geleistet haben. Die dann folgende Generation geriet in den Mahstrom des Krieges, wurde von ihm mitgerissen und in verkehrte Bahnen gelenkt. Die dann folgende Inflation vertiefte die Tendenz zur

Degeneration und zog im Nimbus des Nullerlanges Denkschwäche und Untätigkeit groß, während in andern Ländern mit fieberhafter Eile konstruktiv und organisatorisch am Aufbau einer neuen Wirtschaft gearbeitet wurde. Damals trafen die Worte Walter Rathenaus vollinhaltlich zu: „Von nicht monopolistischen Unternehmungen pflegen nur solche Bestand zu haben, die auf dem Grundsatze der Masse beruhen, nämlich auf der Summierung einer großen Zahl kleiner Wirkungen. Diesen Aufbau haben sie mit jedem Organismus der Natur gemein, der gleichfalls aus der Häufung zahlloser Zellenwirkungen sein Leben hünimiert. Ein Baum jagt durch die feinsten Verzweigungen seiner Wurzeln die Nahrung des Bodens, läßt sie durch die Zellenketten seines Stammes zur Krone emporsteigen und verteilt sie

Schimpfe nicht...

Schimpfe nicht, Du bestest dadurch nichts!
Jede Schimpferei entbehret des Gewichtes
Guter Gründe, schlüssiger Beweise;
Schimpfst Du, fällt Dein Wert in seinem Preise -
Wenig bleibt dann nur ein eckler Wicht:
Schimpfen kann er, besessen aber nicht!
Zaeß.

auf Blätter und Früchte seines Geistes. Unternehmungen, die den mühseligen und langamen Ausbau dieses Organismus verschmähen, sind als vorübergehende Erscheinungen anzusehen und sollten demgemäß verwaltet und bewertet werden. Geschäftsleute, die ihre Stärke in Einzelleistungen und Geschäftlichkeiten sehen, denen der Aufbau und die Pflege von Organisationen nicht zusagt, finden ihren eigentlichen Beruf als Vermittler und Akquisiteure.“

Es gibt heute in Deutschland unter den Lenkern von Unternehmungen viele Leute, auf die das Prädikat „Vermittler und Akquisiteure“ zutrifft, aber sonst herrscht eine gähnende Leere auf der lebenden Galerie tüchtiger Wirtschaftsführer. Und dies gerade in einer Zeit, wo sich die Schwierigkeiten für die deutsche Wirtschaft zu Bergen häufen und diese in ein vollständig verändertes Weltbild gestellt ist. Ein neuer Merkantilismus geht einher, der die Staaten von einander absperrt und die Pfäde des Welthandels verschüttet. Der Krieg weckte und schuf in allen Ländern produktive Kräfte und ließ sie ins ungemessene emporwachsen. Die deutschen Exporteure begegnen einer scharfen Konkurrenz. Den deutschen Waren fehlt die Billigkeit, trotzdem sie mit relativ niedrigen Löhnen hergestellt sind. Auf dem Gebiete der Massenfabrication werden keine Lorbeeren zu erringen sein, desto erfolgreicher müßte der Weg wirklich erstklassiger Qualitätsarbeit beschritten werden.

Um all diese Schwierigkeiten zu überwinden, bedarf es neben einer intelligenten Hand- und Kopfarbeiterschaft Führerqualitäten. Männer, die das Zeug in sich fühlen, die im deutschen Volke schlummernden Kräfte zu mobilisieren. Wo sind die Männer, die die Krise der deutschen Wirtschaft zu bannen vermögen, wo sind die Wege, die aus dem Chaos führen sollen? Was man bisher zur Wüberung der Krise vorschlug, bewegte sich teilweise in den ausgefahrenen Geleisen, die wir seit Jahren kennen. Oder will jemand behaupten, daß die Verbesserung nach Verlängerung der Arbeitszeit, niedrigen Löhnen, nach Verzicht auf jede Lohnerhöhung so etwas wie geistreiche Gedanken in sich birgt? Von einer vorausschauenden Wirtschaftsführung ist darin auch nicht der geringste Hauch zu finden. Oder wie steht es um die letzte Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie? Auch sie kam über Allgemeinplätze wenig hinaus...

Es mangelt im Unternehmerlager vor allem an Männern, die den Geist der neuen Zeit verstehen, der ein soziales Verständnis, ein Hineinfühlen in die Geistes-sphäre des erwachten verlernten Standes verlangt. „Diese Krise wird nur überwunden werden können durch Organisationswirtschaft. Durch eine Organisationswirtschaft, zu der es, wenn früher schon führende Kräfte am Werke gewesen wären, schon vor Jahren hätte kommen müssen. Aber diese Organisationswirtschaft braucht andere Kräfte als die alte. Sie braucht wirkliche Führer, die neu eingestellt sind. Männer, die wirtschaftliches Wirken und Wirtschaftsführung von sozialer Herrschaft zu trennen wissen, Männer, denen es Bedürfnis ist, mit Massen zu arbeiten, die wesentlich bewegt werden gerade durch Einsicht in den Wirtschaftsorganismus und die dadurch bedingte seelische Anteilnahme am Produktionsprozeß.“ So schreibt Georg Bernhardt in durchaus zutreffender Weise im „Magazin der Wirtschaft“.

Die breite Masse der Hand- und Kopfarbeiter bietet durchaus den Boden, aus dem Führer der Wirtschaft emporsteigen könnten. Wirklich fähige Köpfe aus den unteren Schichten werden an der Entfaltung gehindert, die Bildungsmöglichkeiten sind ihnen verschlossen. Leider geht das Stoßen und Drängen der intelligenten Arbeiter- und Angestellten-schicht nach oben sehr zaghaft vor sich. Man balgt sich in gewissen Kreisen um Titel, die Bezeichnung Diplom-Kaufmann, Diplom-Ingenieur oder Diplom-Volkswirt gilt vielen viel wichtiger, als in der Entwicklung konstruktiver Gedanken vorzügliches zu leisten. Doch dies sind schließlich Nebensächlichkeiten. Im ganzen ist zu konstatieren, daß den unteren Volksschichten der Weg zum Industrieführer verperrt wird. Auch die Bildungsanstalten sind daran schuld; sie sehen eine Menge toller Schulweisheit, anstatt Männer der Praxis, feste Charaktere heranzubilden. Was eine natürliche Schule zu leisten vermag, sieht man an der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Sie hat durch natürliche Auslese einen Stab von Führern aus den untersten Kreisen der Bevölkerung herausgehoben verstanden. Durch die Schule der Organisation, die das Mittel bildet, das Heer der Namenlosen nach Qualitätsmessen abzusuchen und sie auf verantwortliche Posten zu stellen.

Der deutschen Wirtschaft fehlt es nicht an Organisationen. Doch sie sind teilweise um ihrer selbst willen in die Höhe und Breite gewachsen, ohne Gutes zu vollbringen. Der Organisationsapparat der Wirtschaft ist überseht. Aufsichtsräte und Direktoren gibt es wie Sand am Meere. Die schweren Organisationskörper liegen wie Blei auf der Wirtschaft. Wo sind die Führer, die die von ihnen kontrollierten Organisationsgebilde der Industrie und des Handels, die Kartelle, Syndikate und Vereinigungen aller Art zu wirklich fruchtbringendem Leben erwecken? Die Wirtschaft braucht Organisationen, die vorwärtsgehend den Weg öffnen, damit das deutsche Volk auf der Grund-lage eines erhöhten Lebensstandards die Fortze einer neuen Zeit durchschreitet. Hier sollen Wirtschaftsführer von Format in die Brezche springen! Wo sind sie, um herzutreten und den Kampf gegen eine veränderte Welt aufzunehmen?

Das Volk muß sein eigener Führer sein. Auf dem Boden der Gewerkschaftsbewegung sammelt sich der arbeitende Teil der Wirtschaft, um von hier aus drängend und stoßend die Probleme der Lösung entgegenzutreiben, die die Führer des Unternehmertums nicht zu lösen imstande waren. Und unser Stoßen und Drängen soll das Mittel sein, die höchsten Leistungen auf der Gegenseite herauszuloden. Denn nur wenn Sanibal vor den Toren steht, wenn die unter mangelnder Wirtschaftsführung leidenden Volksgenossen sich rüsten, gegebenenfalls selbst zu handeln, dann werden die Kräfte geboren, die die Wirtschaftsführung, gepaart mit sozialem Verständnis in die Hand nehmen!

Falsche Erstattungsrechnung bei Rückzahlung zuziel gezahlter Lohnsteuer.

Die Finanzämter berechnen vielfach bei der Rück- erstattung der im Jahre 1925 zuziel gezahlter Lohnsteuer zu niedrige steuerfreie Beträge. Oft werden als steuerfreie Lohnbeträge für das vergangene Jahr nur 800 M vom Finanzamt angedreht. Das ist falsch. Diese Berechnung berücksichtigt nicht die zweimalige Kündigung der Familienermäßigungen durch das Steuerüberleitungs- gesetz vom 1. Juni an und durch das Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 vom 1. Oktober an. Besonders die Änderung durch das Einkommensteuergesetz ist wichtig, weil dadurch der Erstattungsanspruch auf die festen Familienermäßigungen ausgedehnt worden ist, während für die Zeit vor dem 1. Oktober ein Erstattungsanspruch bei den Familienermäßigungen nicht besteht, da es nur prozentuale Ermäßigungen gab.

Bei der Errechnung der zuziel gezahlten Lohnsteuer müssen die beschriebenen hohen Ermäßigungen in die Berechnung eingerechnet werden. Entsprechend der zweimaligen Änderung der Bestimmungen ergeben sich verschiedene Freibeträge für die Monate Januar bis Mai, Juni bis September und Oktober bis Dezember. Die Höhe der Beträge ergibt sich aus folgender Tabelle:

Table with columns for tax-free wage amount (Steuerverfreier Lohnbetrag) and family allowance (Familienermäßigung) for different periods: 1. Jan. bis 31. Mai, 1. Juni bis 30. September, 1. Oktober bis 31. Dezember. Rows include monthly amounts and percentages for various family sizes.

Bei verwitweten Steuerpflichtigen und solchen mit höherem Einkommen ist die Familienermäßigung nach dem Steuerüberleitungs-gesetz 1% geringer als bei Verheirateten, seit dem 1. Oktober aber wieder ebenso hoch wie vor dem 10. August 1925. Nach dem Einkommensteuergesetz vom 10. August 1925 treten mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 an für das Vorjahr folgende Ermäßigungen in Kraft: 600 M als Existenzminimum, ferner 180 M zur Abgeltung der Werbungskosten und 180 M zur Abgeltung der Sonderleistungen. Insgesamt sind also für 1925 bei jedem Steuerpflichtigen 960 M steuerfrei. Da durch das Einkommensteuergesetz seit dem 1. Oktober 1925 der Erstattungsanspruch auch auf die Familienermäßigungen ausgedehnt worden ist, so ergibt sich für einen Verheirateten mit 2 Kindern bei einem monatlichen Einkommen von beispielsweise 200 M folgende Steuerleistung für die Zeit vom

Table showing tax performance for a married person with 2 children and monthly income of 200 M. Columns show income (Einkommen), tax-free amount (steuerfrei), tax liability (steuerpflichtig), and tax amount (Steuerbetrag) for the periods 1. Jan. bis 31. Mai, 1. Juni bis 30. September, and 1. Oktober bis 31. Dezember.

Diese drei verschiedenen Berechnungen sind bei der Erstattung zuziel gezahlter Lohnsteuer für 1925 maßgebend. In unserem Beispiel hat der Steuerpflichtige mit Frau und 2 Kindern insgesamt 960 M steuerfrei. Ein Kollege, der in dem gleichen Familienstande lebt und der beispielsweise wegen Erwerbslosigkeit für Januar bis Mai 510 M Einkommen hatte, hat 300 M steuerfrei und vom Rest 7% Steuer zu entrichten, also 14,70 M. Hat er, etwa wegen Krankheit, für die Zeit vom Juni bis September nur 450 M Einkommen so hat er 220 M steuerfrei und das übrige Einkommen mit 6% zu versteuern, das sind 7,80 M. Hat er ferner vom Oktober bis Dezember zum Beispiel nur ein Einkommen von 340 M, so ist er für diese Zeit steuerfrei. Die gesetzliche Gesamtsteuer beträgt in diesem Falle also 22,50 M. Was darüber hinaus mehr gezahlt worden ist, muß zurückgefordert werden. Um eine Vereinfachung dieser recht umständlichen und schwierigen Berechnung herbeizuführen, hat die sozialdemokratische Reichs-tagskommision einen Antrag eingebracht, der fordert, daß die Erstattungsbestimmungen des neuen Einkommensteuergesetzes rückwirkend für das ganze Jahre 1925 in Kraft gesetzt werden.

Für die Einreichung der Erstattungsanträge läuft die Frist noch bis zum 31. März. Kollegen, die Anträge auf Rückzahlung zuziel gezahlter Lohnsteuer stellen wollen, müssen dies sobald wie möglich tun. Wegen falscher Berechnung müssen sie sofort Einspruch erheben.

Die Roggenbrot-Propaganda.

Am Frühjahr 1925 hatten wir außergewöhnlich hohe Roggenpreise. Die Berliner Wörze notierte zum Beispiel Mitte Februar 1925 die Tonne märkischen Roggens mit 245 M (in der Vorkriegszeit 163 M) und die Tonne Weizen, die vor dem Kriege 190 M gekostet hatte, mit 246 M. Der außerordentliche Roggenpreis verführte die deutsche Landwirtschaft zu einem vermehrten Anbau von Roggen. Ein Zeichen für die Planlosigkeit in der privatkapitalistischen Produktion. Wie sich der Getreideanbau für diese beiden Arten entwickelte, zeigt folgende Aufstellung. Es wurden bebaut (in Hektar) mit

Table showing the area of land cultivated with rye (Roggen) and wheat (Weizen) in 1911/13, 1924, and 1925. Columns show the area in Hektars (Hektar) and the corresponding yield in Tons (Tonnen).

Manere Aufstellung zeigt, daß sich die Anbaufläche für Roggen und Weizen im Jahre 1925 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1911/13 um 0,5 Millionen Hektar verringerte. Die Anbaufläche für Weizen ist gegenüber dem Jahre 1924 nur unwesentlich zugenommen, während sich die Anbaufläche für Roggen um rund 640 000 Hektar steigerte. In dieser Beziehung liegt eine gewisse Spekulation; denn die Landwirtschaft reduzierte mit ähnlichen Anbauflächen, wie wir sie im Jahre 1925 sahen, die Produktion von Weizen und Roggen.

geschlagen. Wir haben augenblicklich in Deutschland rund 2 1/2 Millionen Tonnen Roggen zu viel und 1 1/2 Millionen Tonnen Weizen zu wenig. Die Folge dieses Mißverhältnisses ist ein starkes Sinken der Roggenpreise. Anfang des Jahres 1926 lag der Roggenpreis ungefähr 6% unter dem Stand der Vorkriegszeit, während der Weizen rund 81% teurer war als im Jahre 1913. Durch diese Preisbildung entstand die sogenannte Roggenkrise. Die Landwirtschaft blieb, eine natürliche Folge der selbsterregten Roggenpreissteigerung, auf ihrem Roggen sitzen. Sie versuchte dann, mit Hilfe von Staatsgeldern — die Reichsgetreidestelle sollte 80 Millionen zum Ankauf von Getreide zur Verfügung stellen — den Roggenpreis in die Höhe zu treiben. Das wurde durch den sofort einsetzenden Protest der Arbeiterpresse, insbesondere der Gewerkschaftspresse, verhindert. Jetzt versucht man mit anderen Mitteln den Roggenabsatz und den Roggenpreis zu steigern. Man will nämlich die Bevölkerung gemacht haben, daß die Bevölkerung in den Kriegsjahren und Inflationsjahren sehr leckeremäßig geworden ist und lieber Weizen als Roggen beachtet. Dem soll nun durch eine großzügige Propaganda entgegengetrieben werden und überall, an den Tischplatten, in Kinos und Zeitungen erlöht der Ruf anlässiger und nicht-anlässiger Stellen: Eßt mehr Roggenbrot, damit die deutsche Landwirtschaft nicht zugrunde geht.

Diese Propaganda hat in den letzten Tagen einen solchen Umfang angenommen, daß es höchste Zeit ist, die Dinge der Öffentlichkeit richtig darzustellen. Wenn Deutschland heute zu viel Roggen hat, liegt das in der von der Landwirtschaft vor einem Jahre betriebenen Spekulation auf einen übersteuerten Roggenpreis. Sollte aber die deutsche Landwirtschaft heute wirklich zu viel Roggen erzeugen und die Bevölkerung mehr Weizen als früher verbrauchen, so ergibt sich doch wohl nur die Notwendigkeit, die Agrarproduktion dem veränderten Geschmack der Bevölkerung anzupassen. Klima und Boden in Deutschland, die nach der Deputierung unserer Landwirtschaft mehr dem Roggenbau günstig sind, stehen einem vermehrten Weizenanbau nicht im Wege. Die besten feinsten Weizenbeständen, daß bei uns der Weizenanbau mindestens um 20% gesteigert werden kann.

Im übrigen ergibt die Roggenbrot-Propaganda, daß die beste Empfehlung für eine Ware der angemessene Preis ist und wenn der Absatz von Roggen in Deutschland auf Schwierigkeiten stößt, dann ergibt sich das eben aus dem Preisverhältnis. Wir haben eben bemerkt, daß der Roggenpreis gegenwärtig stark unter Friedensstand liegt, während der Weizen teurer als im Frieden ist. 1913/14 kostete das Mito Roggenbrot 28 S., im Dezember 1925 aber 30 S. Weizenmehl kostete 1913/14 je Mito 40 S., am Schluß des Jahres 1925 48 S. Während also das Weizenmehl, bei einem weit höheren Vorkriegspreis, um 20% teurer geworden ist, ist der Roggenbrotpreis um 28,5% gestiegen. Diese starke Preissteigerung für Roggenbrot, obwohl der Roggen viel billiger ist als vor dem Kriege! Der übersehene Roggenbrotpreis ist durch nichts zu rechtfertigen und stellt sich als trasser Wucher dar. Man zahlt heute für ein Pfund Roggenbrot rund 18 S., trotzdem es unter Berücksichtigung der sogenannten Goldentwertung und unter Zugrundelegung des Roggenpreises nicht einmal 10 S. kosten dürfte. Hier liegen die wahren Ursachen der Erhöhung des Roggenbrotpreises. Das deutsche Volk ist während des Krieges und in der Inflation nicht ledernäulich geworden, aber die Wirtschaft ist betrunken geworden, daß es dem größten Teil der Bevölkerung nicht möglich ist, so viel Roggenbrot zu kaufen wie es braucht. Man lasse uns von der alten Kriegpropaganda in Ruhe und schaffe angemessene Marktpreise. Dann wird man ein klares Wunder erleben, wie sich der Mehlverbrauch an Roggen steigert.

Zum beabsichtigten Anluß der Glas- und Porzellanarbeiter an den Fabrikarbeiterverband.

Am 15. Januar waren in Berlin Vertreter der Verbände der Glasarbeiter, der Porzellanarbeiter, der Fabrikarbeiter und des Baugewerksbundes unter dem Vorsitz des Genossen Graßmann am Vorstand des ADGB, zusammengetreten, um einige wichtige gemeinsame Anstimmigkeiten in der Frage des anzutretenden Lebertritts der Glas- und Porzellanarbeiter zum Fabrikarbeiterverband zu besprechen und auszugleichen. Nach längerer lebhafter Aussprache schlug Genosse Graßmann eine Entschließung zur Annahme vor, zu der die Vertreter des Baugewerksbundes erklärten, daß nur der Gesamtverband des Baugewerksbundes darüber befinden könne. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die von Vertretern der Verbände der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Fabrikarbeiter und des Baugewerksbundes beschlossene Besprechung am 15. Januar 1926 befaßte sich unter Vorsitz von Vertretern des ADGB, erneut mit der Frage der Einbindung eines Keramarbeiterverbandes. In dieser Sitzung wurde festgestellt:

- 1. Glas- und Porzellanarbeiter sind nach wie vor bereit, sich zu verschmelzen und unter Einbeziehung der entsprechenden Gruppen des Fabrikarbeiterverbandes im Rahmen des letzteren eine selbständige Fachgruppe „Keramarbeiter“ zu bilden.
2. Der Baugewerksbund erklärt sich gegenüber diesen Bestrebungen als neutral. Nach vollzogener Verschmelzung der obengenannten Verbände ist der Baugewerksbund zu Besprechungen bereit, die die Wirtung von Keramarbeitergruppen seiner Organisation an den neuen Keramarbeiterverband bezwecken.
3. Glas- und Porzellanarbeiterverband sichern sich gegenseitig zu, daß ihre Fachpreise den Bedanten der Verschmelzung nach besten Kräften fördert und alles unterläßt, was ihn hindern oder beeinträchtigen könnte.
4. Für die im „Grundstein“ erschienenen Artikel über die Verschmelzung tragen die Glasarbeiter weder eine Verantwortung, noch stehen sie mit ihnen irgendwie in Beziehung.
5. Die in der Presse gegen den Porzellanarbeiterverband erhobenen Vorwürfe, er verschleppe die Verschmelzung, insbesondere aus persönlicher Ränke, sind nach jeder Hinsicht hin unbegründet. Es ist aus den bisherigen Verhandlungen vielmehr erwiesen, daß alle Beteiligten ernstlich bestrebt sind, die Verhandlungen so zu fördern, daß die Verschmelzung in möglichst kurzer Zeit erfolgt, wie sie auch einsehlich sind, in der neuen Vereinigung in Gemeinschaft mit dem Fabrikarbeiterverband alles zu tun, um die Inter-

essen der ihnen anvertrauten Arbeitergruppen in wirksamster Weise wahrzunehmen.

Dies die Entschließung. Der Vorstand des Baugewerksbundes hat dazu erklärt, er stehe den Bestrebungen des Glas- und des Porzellanarbeiterverbandes auf Anluß an den Fabrikarbeiterverband neutral gegenüber, er werde auch an etwaigen späteren Beratungen in dieser Angelegenheit nicht mehr teilnehmen.

Dieser Standpunkt ist der einzig richtige. Der Baugewerksbund kann sich nicht aufdrängen. Die Bestrebungen der Glas- und der Porzellanarbeiter auf Anluß an den Fabrikarbeiterverband sind jetzt deren eigene Angelegenheit. Selbstverständlich wird der Baugewerksbund zu Besprechungen bereit sein, wenn an ihn — nachdem sich die Porzellan- und Glasarbeiter dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen haben — herangetreten wird wegen Abgabe irgendwelcher keramarbeiter Gruppen des Baugewerksbundes an den Fabrikarbeiterverband. Die Voraussetzung dafür ist natürlich — dies ist nochmals betont — der bereits vollzogene Anluß der beiden Verbände an den Fabrikarbeiterverband. Dann erst kann auch die Fachgruppe der Köpfer des Baugewerksbundes zu einer Entschließung aufgerufen werden.

Bis zu diesem Zeitpunkt kann noch geraume Zeit vergehen. Wie wir in jener Sitzung hörten, sollen die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes über den Beschluß ihrer Verbandssitzung durch Urabstimmung entscheiden. Wie diese ausfällt, ist noch völlig ungewiß. Auch ist im Glasarbeiterverband noch keine Klarheit vorhanden, wie sich dessen Mitglieder zu der nunmehr durch seinen Vorstand erstrebten Fusion mit dem Fabrikarbeiterverband stellen werden. Aus diesen Gründen liegt für unsere Fachgruppe der Köpfer noch keinerlei Grund vor, sich mit der Angelegenheit eingehender zu beschäftigen. Wir erlauben deshalb unsere Köpferkollegen, unter allen Umständen zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen; vor allem muß bemerkt werden, daß in diesem Stadium der kaum begonnenen Entwicklung in unüberlegter und übereilter Weise von manchen Köpferkollegen versucht wird, schon jetzt Anluß an den Fabrikarbeiterverband zu suchen. Das würde nur die geschlossene Aktionsfähigkeit der Köpfer gefährden. Unser Bundesvorstand hat deshalb auch den Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes ersucht, unter keinen Umständen Eingeladene von Köpfern in den Fabrikarbeiterverband zu gelassen. Dies ist ihm zu versprochen worden. Wir erwarten aus Gründen gewerkschaftlicher Billigkeit, daß diese Auflage restlos eingehalten wird.

Noch einige Worte zu den Teilen der Entschließung, die sich mit dem „Grundstein“ beschäftigen. Unsere Aufsätze zu der Verschmelzungsfrage in Nr. 60 und 62 des „Grundstein“ hatten an einigen Stellen Anstoß erregt. Vor allem der Aufsatz in Nr. 60, den ein Teilnehmer an den früheren Verhandlungen für den „Grundstein“ geschrieben hatte. Der Artikel war temperamentvoll gehalten; wir hatten gegen die Abdruck keine Bedenken, zumal unserer Meinung nach die Gewerkschaft keine Resonanz für höhere Köpfer hat. Der Aufsatz in Nr. 62 des „Grundstein“ ist von uns geschrieben, er hat auch nur wenig Beachtung gefunden. Es wäre ja auch noch schöner, wollten uns Augenstehe als Pflicht auferlegen, das Eintreten einzufrieren zu lassen, wenn es sich um wichtige Belange des Baugewerksbundes handelt. Von unserer in diesem Aufsatz niedergelegten Anschauung weichen wir unter keinen Umständen ab. Nach wie vor halten wir den beabsichtigten Anluß der Porzellan- und der Glasarbeiter an den Fabrikarbeiterverband für einen gewerkschaftlichen Fehler. Doch die führenden Genossen der beiden Verbände wollen es so — wir können ihnen nicht in den Arm fallen. Mehr zu sagen bezweckt uns die von unserm Bundesvorstand proklamierte Neutralität in dieser Frage.

„Ein Zwischenruf der ausgeschlossenen Bauarbeiter.“

Zur hochschätzlichen Mitterworte, dem schon ja unzählige Anrufe und Barden entrollen sind, ist auf den hintersten Reihen, dort, wo der keine Bauarbeiter“ seinen Sitz hat, ein „Zwischenruf“ erfolgt. Zwar nicht einer von jener Sorte, die uns allen aus den Veranlassungen der „Kommunisten“ zu Genüge bekannt sind, sondern einer, wie er nur in tiefer Freude dem geprehten Herzen eines unzufriedenen Kindes entquellen kann, das eine Entbedung gemacht hat. So sehr wir nun unsern engeren Berufskollegen in der Redaktion des „Bauarbeiter“ die Freude gönnen, so sehr sind wir gezwungen — um der Wahrheit willen — einen Vermutungsknoten in seinen Freudenbecher zu schütten. Der Sachverhalt sei nachstehend kurz geschildert:

Als im Jahre 1924 in Düsseldorf die ausgeschlossenen Bundesangehörigen Lauerer und Lauer sich weiteten, die Schlüssel zum Bureau und zum Geschäftszimmer unserer Gewerkschaft abzugeben, waren wir gezwungen, Hagbar gegen sie vorzugehen. Wir übergaben einem Düsseldorfer Rechtsanwalt Prozeßvollmacht, der in unserer Unwissenheit die Klageschrift verfaßte und sie dem Gericht einreichte. Leider erwies sich der Rechtsanwalt als sehr wenig vertraut mit den Grundrissen der freien Gewerkschaften. Das wird jedem Kollegen sofort klar, wenn er den nachfolgenden Teil aus der Begründung der Klageschrift liest:

„Die Klägerin (Zwangsmitglied) unseres Bundes (Red.) ist die juristische Vertreterin des Deutschen Baugewerksbundes, einer Gewerkschaft, in der der Baugewerks-treibenden aus sozialdemokratischer Grundlage gewerkschaftlich organisiert sind. Die Klägerin hat in Düsseldorf ein Geschäftszimmer in der Wallstraße 10. Dort waren die beiden Beklagten bis vor kurzem als Angestellte der Klägerin beschäftigt. Sie waren als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei eingeschrieben, und dies bildete die Grundlage für ihre Tätigkeit bei der Klägerin. Sie erfüllten mit ihrer Zugehörigkeit zur Partei der Klägerin eine notwendige Bedingung für ihre Anstellung und Tätigkeit. Sie haben aber ihre Partei im Sitz gelassen und sind zur Kommunistischen Partei übergetreten. Deshalb wurden sie aus ihrer Stellung entlassen.“ Jedes Mitglied unseres Bundes weiß, daß das, was hier in der Begründung gesagt wird, nicht stimmt. Die haben die

freien Gewerkschaften, und dazu gehört doch auch unser Bund, ihre Mitglieder auf „sozialdemokratischer Grundlage“ organisiert. Wie ist die Zugehörigkeit zur SPD, eine notwendige Vorbedingung? Für unsere Angehörigen gewesen. Beide fallen in Annahmen des Düsseldorf Westfälischen Bundes durch zahllose Beispiele aus der Geschichte unersetzlich und der freien Gewerkschaftsbewegung widerlegt werden. Unser Solinger Kämpfer, der die Düsseldorf Angelegenheit zu bearbeiten hatte, hat deshalb auch, lange vor der Zeit, als dem „Bauarbeiter“ die Klagefrist bekannt wurde, unserm Klageverteiler sofort nach Kenntnisnahme seiner Klagefrist ein Schreiben zugestellt, in dem es hinsichtlich der Begründung heißt:

Hamburg, den 4. Juli 1924.

Herrn Rechtsanwalt Ludeke, Düsseldorf.

Ich muß leider sagen, daß ich die Begründung Ihrer Klageschrift durchaus nicht billigen kann, und wenn sie mir vor Abwendung an das Gericht bekannt geworden wäre, ich die Abwendung verhindert haben würde. Ich weiß auch nicht, nach welchen Angaben die Begründung entstanden ist. Nach den Meinungen (weder nach den mündlichen noch nach den schriftlichen) doch sicher nicht. Und ich verziehe daher durchaus die Einwände, die der generische Schriftsatz enthält, weil in Ihrer Begründung Sätze enthalten sind, die unserer bisherigen Einstellung zur Politik ganz allgemein und zur politischen Auffassung oder Zugehörigkeit des Einzelnen Mitgliedes oder Angehörten direkt widersprechen. Dies war nicht der Grund, weshalb wir die Klage entlassen und schließlich ausgesprochen haben. Dafür kam lediglich die offene Aufhebung gegen die Bundesvorstände (und -beiräte) der Bundesorganisationen (Bundesvorstand und -beirat) in Betracht. In meinem Schreiben vom 8. Mai, an Sie gerichtet, habe ich durch die Absicht eines Schreibens vom 11. April a. c., das Rauemann an den Bundesvorstand gerichtet hat, ausdrücklich darauf verwiesen, daß nach § 92 unserer Bundesstatuten eine ordnungsmäßige Geschäftsführung mit den Leuten nicht mehr zu erreichen war.

Dieser „Hintergrund“, vom „Bauarbeiter“ zugewiesen dem holländischen Genossen Steinhilber, wird deshalb ungehört verhallen. Wie schon immer gilt in dieser Frage für uns der Beschluß des ersten Bundeskongresses: „Die parteipolitische Unabhängigkeit ist eine unbedingte Voraussetzung für den Erfolg der auf wirtschaftliche Notwendigkeiten eingestellten Gewerkschaftsarbeit.“

Die Gewerkschaften fordern Lehrstühle für Arbeiter.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsring haben folgende Eingabe an die zuständigen Ministerien des Reiches und der Länder gerichtet:

Der gegenwärtig bestehende Zustand der arbeitsrechtlichen Ausbildung auf den deutschen Universitäten ist unzureichend geworden. Durch die umfangreiche gelehreberische Tätigkeit auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitsbedingungen, des Arbeitsgesetzes, der Arbeitsverwaltung, der Arbeitsgerichtsbarkeit, der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge ist das Arbeitsrecht zu einem eigenen sehr erheblichen selbständigen Rechtsgebiet erwachsen. Die Vertiefung der arbeitsrechtlichen Forschung und die völlig veränderte Stellung der Arbeitskraft im Rahmen des sozialen Ganzen haben ferner das Arbeitsrecht zu einer selbständigen Disziplin gemacht, die entsprechend der sozialen Struktur in ständiger Entwicklung begriffen ist. Dem gegenüber steht die Tatsache, daß mit zunehmender Ausdehnung an den deutschen Universitäten keine Einrichtungen vorhanden sind, die den zukünftigen Praktizierenden des Arbeitsrechts eine wissenschaftliche Vorbereitung für ihren Beruf ermöglichen. Weder der künftige Richter, noch der in der Arbeitsverwaltung oder in der Sozialversicherung tätige Beamte, noch die aus den Kreisen der Wirtschaft zukünftig mit diesen Gebieten zu beauftragten Personen können gegenüber den deutschen Universitäten die Ausbildung finden, die der Bedeutung und Eigenart des Arbeitsrechts entspricht.

Erforderlich ist, daß an den hierfür geeigneten großen Universitäten eigene Lehrstühle für das Arbeitsrecht und seine Nebendisziplinen errichtet werden, die mit ordentlichen Professoren zu besetzen sind, und daß überall arbeitsrechtliche Seminare der Leitung in dem erworbenen Wissen dienen.

Die Spitzenorganisationen stellen das dringende Ersuchen, zum mindesten an folgenden Universitäten etatsmäßige Professuren, an den übrigen außerordentliche Professuren für das Arbeitsrecht und seine Hilfsdisziplinen zu errichten. Für die ordentliche Professur werden vorgeschlagen die Universitäten Breslau, Halle, Königsberg, Köln, Münster, Frankfurt a. M., München, Leipzig, Tübingen, Heidelberg und Gießen. Zum Schluß der Eingabe wird um Antwort ersucht, welche Stellung die Regierungen zu den Vorschlägen einnehmen und wann auf die Bewirkung dieser Vorschläge zu rechnen ist.

Aufruf für die Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1926.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März 1926 durchzuführen. Von den Ortsansprechern des ADGB und den Ortsleitungen des IFA-Bundes ist zu diesem Zwecke ein Zertifikat in 2 Exemplaren, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen und jene Beschlüsse, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht haben, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes aufzufordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, die im Laufe des Jahres 1925 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 und die §§ 42 und 43 des Betriebsratsgesetzes. Betriebsvertretungen, die erst im Jahre 1926 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso jene Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1925 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61, 62 des Betriebsratsgesetzes (in Verbindung mit Ver-

Unter Jahnbanden



ludert der Tod!

hörden, bei der Reichsbahn usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des IFA-Bundes vom 3. Juni 1924. Hier- nach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen in verheimerter oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Fall in die Listen der freien Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Angehörigkeit nicht aner- kennen. — Die Entwurfs für die zur Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind enthalten in dem allgemein verbreiteten Kommentar von Klotze Seite 278 ff. Diese Materialien hat der Internermer zur Verfügung zu stellen (§ 38 des Betriebsratsgesetzes und § 22 der Wahl- ordnung zum Betriebsratsgesetz).

Nach den Berichten der Gewerkschaftsbeamten aller deutschen Länder ist in vielen Betrieben eine Passivität der Betriebsräte festgestellt worden. Diese Beobachtungen deuten sich bei denen der Gewerkschaften. Es ist uner- wartlich, daß ein Teil der deutschen Arbeiter und Ange- stellten von ihrem wichtigen Mitbestimmungsrecht keinen Gebrauch machen und sich dadurch ihrer großen Freiheit berauben. Unter allen Umständen muß erreicht werden, daß in allen Betrieben, für die gesetzliche Betriebsver- tretungen zuständig sind, derartige Betriebsvertretungen auch gewählt werden.

Die Gewerkschaften haben bei der gegenwärtigen Wirt- schaftskrise und der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit alle Kräfte dafür eingesetzt, die Schäden, die sich hieraus für Arbeiter und Angestellte ergeben, zu mildern oder zu beseitigen. Bei der Durchführung des Wahlenbundes, der Einführung von Betriebsbeurlaubungen und von Kurzarbeit, bei geplanten Betriebsstilllegungen haben die Betriebsräte wichtige gesetzliche Rechte auszuüben. Die Gewerkschaften können nur in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten auf diesen Gebieten die Rechte der Beschäftigten wahren. Es ist daher unbedingte Pflicht, nur solche Betriebsräte zu wäh- len, die mit diesen gesetzlichen Rechten genau vertraut sind. Gewerkschaften, die anders handeln, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie in der gegenwärtigen Krise vollkommen schulplos sind.

Rumme! an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mit- bestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen! Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß auch bei den Betriebsrätenwahlen die Parole sein! Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Die Gewerkschaften im Lande der Falschmünzer von Volkss Enaben.

Die schamlose Verfolgung und Anfechtung der ungarischen Gewerkschaften durch die Polizei erhält durch die Tatsache, daß der Landespolizeichef Wadohy eine der treibenden Personen im Banknotenfälschungsfondal ist, einen ganz besonderen Beigeschmack. Man wird sich mit einem Schlags über die Bedeutung des Verhaltens dieses Dunkelmannes klar, der bei jeder Mißtat und jedem Mord auf Seite der Inhaftierten stand. Man begreift, weshalb die in Ungarn erworbenen Sozialisten und die Männer und Frauen, die im Palaegegerger Interniertenlager hinfüchten, ungeschützt bleiben. Auch früher hat man, wie jetzt den Regierungschef, davon reden gehört, daß er sich für die restlose Erfassung der Schuldigen persönlich verantwortlich fühle. Immer war es aber die geheimnisvolle Macht Wadohys, die das feierliche Versprechen nicht zu Tat werden ließ. Nun wird es sich erweisen, ob Wadohy wirklich derjenige war, der die Verstarung der Verdächtigen hinderte oder ob das ungarische Volk auch weiterhin redlos bleiben und den Arbeitern durch die Polizei die Entfaltung der geringsten organisierten Tätigkeit un- möglich gemacht wird. Dem während der Chef der Polizei für sich und seine verdächtigen Kumpane die rechten Freiheiten in Anspruch nahm, unterstanden die Gewerkschaften, die heute in fast allen zivilisierten Ländern als wirtschaftliche und kulturelle Kräfte anerkannt sind, einer Kontrolle und

Bespiegelung, die jeden Banknotenfälschungsfondal unmöglich gemacht hätte, wenn sie gegenüber wirklich zweifelhaften Personen, anstatt gegenüber ehrlichen Arbeitern ausgeübt worden wäre. Die unmittelbare Aufsicht über die Gewerkschaften untersteht in Ungarn dem ersten Generalbeamten und der Polizeidirektor erster Instanz, die Generalaufsicht dem Innenminister. Diese Behörden haben beispielsweise das Recht, in den Versammlungen und Sitzungen nach Verlesung zu erscheinen, in die Geschäftsabteilung, Bücher und Verle- rungen, Dokumente, Schriften und Briefwechsel Einsicht zu nehmen. Die für die Gewerkschaften geforderten Verordnungen verfügen ferner, wo und wann Generalversammlungen abgehalten werden dürfen, unter welchen Umständen sie beschlußfähig sind, sowie über was sie beraten können. In Fällen, wo der Verein in die Statuten ungesetzlichen Ziele und Zwecke nicht einfaßt, seinen Wirkungsbereich über- schreitet, gegen den Staat handelt, sich gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung schwer verzeiht oder die materiellen Interessen der Mitglieder gefährdet, kann der Minister des Innern eine Untersuchung einleiten, die Tätigkeit des Vereins verbieten und diesen auflösen.

Diese Bestimmungen sind ein Teil der Generalverord- nung, die im Jahre 1922 eingeführt wurde und das ganze Vereinswesen regelt. Sie macht alle bestehenden Erlasse aus der Zeit der Volkregierung vom Jahre 1918 zunichte. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit blieb kaum ein Jahr in Kraft und die jetzige Regierung ging sogar so weit, daß eine Verordnung aus dem Jahre 1920 widerrufen wurde, in der allgemein gesagt wird, daß das Vereinsrecht eines der wertvollsten Rechte der Staatsbürger sei und der zu- ständige Minister es als seine Aufgabe betrachte, den Genuß dieses Rechtes leichter zu gestalten und Verfügungen zu er- lassen, wenn Vereine, die von Staats wegen keiner An- erkennung unterliegen, in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden. Der Minister, der das Vereinsrecht angeht, ist der Ausschaltung dieser Verordnung nicht als eines der wert- vollsten Rechte der Staatsbürger betrachtet, ist zur Zeit Ungarns Kultus- und Unterrichtsminister, und die Polizei, deren oberster Chef heute als Polizeikommandant im Gefängnis sitzt, schmüßelt in jeder Versammlung herum und ist auch darüber zu Gericht, ob die materiellen Interessen der Mit- glieder der Arbeiterorganisationen gewahrt bleiben.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 18. Januar 1926.

Table with columns for regions (e.g., Rbgb., Danlg., Westl., Berlin, etc.) and various statistics related to unemployment and membership in construction unions.

Von den einzelnen Gruppen waren arbeitslos: Maurer 86 046, Hilfsarbeiter 97 926, Betonarbeiter 3474, Stuka- teure und Putzer 3777, Holzwerker und Steinholzer 226, Tischler 1977, Kleinfleger 438, Glaser 463, Altpflichter 630, Bau-Verflechter 1322, Erdarbeiter 11 809. Infolge Wiedereintritts von Frost und Schneemeter ist die Arbeits- losigkeit am Berichtstage wieder bedeutend gestiegen, sie hat damit den bisher höchsten Stand in diesem Winter erreicht. Von 703 Bauergewerkschaften hatten 649 arbeitslos, gegen 162 164 in der Vorwoche. Von Mitgliedern sind es 52 306, gegen 45 465 in der Vorwoche. Außerdem arbeiten in Mastbau und Kniegig 274 Tischler und Steinzeugarbeiter nur 3 bis 4 Tage wöchentlich. Die stärkste Arbeitslosigkeit hat immer noch der Bezirk Königs- berg mit 87,1%. Dann folgt der Bezirk Stettin mit 78,3% und diesmal die Bezirke München mit 40,2% und Dresden mit 44,3%. Außer den Töpfern sind alle Berufsgruppen an der Steigerung beteiligt. Bei den Maurern liegt die Zahl der Arbeitslosen bei 77 197 auf 86 646, bei den Hilfsarbeitern von 52 618 auf 57 925. Erd- arbeiter waren 11 809 arbeitslos (in der Vorwoche 10 788).

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Vanhlfahrer und Tiefbauarbeiter: Geperert ist in Franzburg die Firma Bernhard Wappe und in Grimmen i. W. die Firma Wöllinger. Nach Rümien in Westfalen ist Jugug ferngehalten. Töpfer: Geperert ist für Offenlager in Stoly i. B. die Firma Artur Kubly, für Scheibentöpfer Einick (Wahlh.). Stukkateure und Putzer: Geperert ist in Gletwisch die Firma Heintz. In Wauen (Wogll.) sind die Differenzen bei der Firma S t r u n g erledigt.

Aus den Bauergewerkschaften

Altenburg. Am 26. Januar fand die Jahreshgene- ralarb e r s a m m l u n g u n s e r e r B a u e r g e w e r k s c h a f t s t a t t. D e n G e w e r k s c h a f t s - u n d K a s s e n b e r i c h t g a b K o l l e g e S e i d e l. A m 15. April des vergangenen Jahres ist die Bauergewerk- schaft Altenburg, die heute die ehemals selbständigen Bauergewerk- schaften Meuselwitz und Zschau mitumfaßt, entstanden. Von der Kreis- ist der Bauergewerkbund mit am meisten be-

treffen. Die famose Wohnungspolitik des Thüringer Odnungsbundes im Verein mit dem früh einkehrenden Winter fürchte dazu, daß am Ende des Berichtsjahres 50 % der Mitglieder erwerbslos wurden. Wenn es nicht möglich war, die Löhne in zufriedenstellender Weise auszubessern, so trug daran lediglich die schlechte Baukonjunktur die Schuld. Von Kämpfen blieb unsere Baugewerkschaft trotzdem nicht verschont. Im Weimarer Gebiet, wo sich die Bauunternehmer, sekundär von den Grubenbaronen, schon immer für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einsetzten, mußte im April für die Erhaltung des Achtstundentages gestreikt werden. Die Bewegung endete mit einem Teilerfolg; für Gemeinde- und Privatbauten wurde der Achtstundentag von den Unternehmern anerkannt, für die Bauarbeiten in den Grund- oder von der Regierung auf Grund der Arbeitsverordnungen die zehnstündige Arbeitszeit herabgesetzt. An dem großen Kampf im Baugewerbe war unsere Baugewerkschaft mit etwa 100 Kollegen beteiligt. Dieser Kampf brachte uns dem Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages nicht näher. Immer noch machen die Unternehmer den Abschluß eines solchen von Bedingungen abhängig, die für die Bauarbeiter unannehmbar sind. Im Baudelegiertenverein scheinen sich viele Kollegen immer noch nicht recht über ihre Pflichten im Klaren zu sein. Ist es nicht doch vor den Unternehmern oder Kräftigen Leichtsinn? Jedenfalls müssen im neuen Jahre Veränderungen eintreten, wenn die Organisation nicht Schaden erleiden soll. Das Versammlungswesen war sehr reger. Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis waren sehr oft zu verzeichnen: in 17 Fällen mußte der Klagenweg beschritten werden. Tonal mußten Unternehmer schriftlich und Tonal mündlich wegen Nichtbefolgung der Arbeiterbestimmungen bei der Gemeindefunktion angezeigt werden. In 6 Fällen wurde Anzeige wegen Umgehung der achtstündigen Arbeitszeit erstattet; dabei wurde teilweise erreicht, daß die Unternehmer sich anerkennen. Der Stand der Kasse erwies sich als befriedigend. Auch der Mitgliederstand, rund 1200 am Jahresschluß gegenüber 950 am 15. April, zeigt, daß es auch bei uns demwärts und aufwärts geht. — Die Ausrede, besagte sich in sachlichen Grenzen. Die geleistete Arbeit wurde allseitig anerkannt und dem Reichsleiter Entlastung erteilt. Kollege Wielig, Leipzig, wies noch darauf hin, daß zum Frühjahr die Organisation gerüstet sein müsse; bei der Starrköpfigkeit der Unternehmer seien Kämpfe zum Ausbau der vorjährigen auch in diesem Jahre nicht ausgeschlossen. Die Wahl des Vorstandes vollzog sich glatt. Die auscheidenden Kollegen wurden einstimmig wiedergewählt. Im übrigen bot die Versammlung ein Bild seltener Geselligkeit. Möge es immer so bleiben!

Kue. (Generalversammlung.) Unser Bezirksleiter Kollege Schimann sprach zunächst über das Thema: „Was steht uns bevor“, wobei er einen geschichtlichen Rückblick gab über die Gründe, warum bisher kein Reichsarbeitsvertrag zustande gekommen ist. Die Ausrede besagte sich im Rahmen des Vortrages. Dann wurde der vorbereitend vorliegende Geschäfts- und Kassenbericht näher erläutert. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Kassenberichtsmitglieder der Lokalfaksie sind zufriedenstellend. Unsere Mitglieder haben im ganzen Baugewerkschaftsgebiet unter sehr großer Arbeitslosigkeit zu leiden; neue Baupläne, mit Ausnahme des Baues einer neuen Kasperrerei bei Karlsruhe, sind nicht beauftragt worden. Die Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen der Baugewerkschaft hätten besser besucht, die Werbestätigkeit hätte durch Mitarbeit der Mitglieder besser gefördert werden müssen. Das Baudelegiertenverfahren sollte ebenfalls besser geist werden. Von der durch die Zeitung der SPD. beschlossenen Auflösung des N. d. B. wurde Kenntnis genommen. Mit der Wiederaufnahme von Mitgliedern des aufgelösten Verbandes der Baudelegierten, erneuert auf dem 1. Bundeskongress, sind wir einverstanden. Wer nach unseren Satzungen willkommener und sich der Bundesordnung fügen will, ist uns willkommen. Wird der Bund in diesem Sinne gestärkt, dann ist ein gutes Stück der Uneinigkeit, die bisher nur die Unternehmung stärkte, beseitigt. Die Mitglieder des N. d. B. der in diesem Bureau zum Umgehenden vorgelegt. — Die Vorstandswahl verlief glatt, alle alten Vorstandmitglieder wurden wiedergewählt; neue Vorschläge sind überhaupt nicht gemacht worden. Einstimmig wurde beschlossen, vom 1. Januar an für jede Verkaufte Beitragsmarke 2 1/2 an die Bezirksleitung Dresden abzuführen. Dieser Betrag soll als Carolen oder Stannoniell zur finanziellen Unterstüzung der jährlichen Bauhilfenbetriebe Verwendung finden. Zum Schluß wurde noch eine kleine Wendung des Diskursus vorgenommen.

Augsburg. (Jahresbericht.) Das verfloßene Jahr begann mit großer Arbeitslosigkeit. Jedoch sollte im Frühjahr eine rege Bautätigkeit ein, die erst im Herbst abflaute. Trotz der guten Konjunktur mußten im ersten und zweiten Vierteljahr 114 Kollegen — durchweg Hilfsarbeiter — für 1611 Tage die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen. Vom 1. Oktober an kamen dann vereinzelt auch Hauptarbeiter außer Beschäftigung mit Beginn des Winters eine erhebliche Anzahl Kollegen aus beiden Gruppen. Im vierten Quartale haben 521 Kollegen für 13 615 Tage Arbeitslosensunterstützung in Anspruch genommen. Es wurden im vorigen Jahre 225 Wohnungen erstellt. Aufwendend waren eine Anzahl Arbeiter und Umsatzen vorhanden. Ein Mangel an Arbeiterblut ist nicht entstanden. Durch starken Bezug von Lande und Bauverträge konnte der Bedarf restlos gedeckt werden. Die Werksarbeit wurde mit Fleiß und Ausdauer betrieben. Viele Kollegen haben mit Eisen an dem Ausbau der Erziehungsmittelgewirk. So konnten 174 Kaufmannschaften erzielt werden. Aber nicht je bedauerlich, daß es verschiedene Kaufleute gegeben hat, wo kein Kollege das Amt eines Delegierten übernahm und auch sonst nichts zu erreichen war. Das muß im neuen Jahre besser werden. An jeder Kaufstelle müssen Delegierte sein und Kollegen für die Organisation wirken. In manchen Fällen hat sich die Ausgeriffenen der Werksarbeit hindernd in den Weg gestellt. Augsburg ist bekanntlich auch mit dieser Pflanze bedeckt. Warum auch nicht? Augsburg, einft die Kuststätte der Gelden, darf bei der Zerspaltung der Arbeiter nicht fehlen. Redebung haben

die Deutchen nicht erlangt. Diese „Revolutionäre“ haben sich als recht zahm und still, besonders gegen die Unternehmer, erwiesen. Wir hören, daß sie die Beschäfte ihres Verbandstages abgelehnt haben. Sie wollen sich jedenfalls den „Kaiserlichen“ anschließen. Damit stemplen sie sich selbst als Wehrtruppe. Sonderbarerweise haben sie den Unternehmerhaustruppe. Sonderbarerweise haben sie den eingigen, der von uns ausgeschlossen wurde und der ihr Führer, bei allen „Aktionen“ war, auch hinausgeschickt. Sie sehen sich zusammen aus Leuten, die nicht wissen, was sie wollen, aus Wehrtruppen — „da braucht er weniger gahle“ — und solchen, die auf jeden Instim hineinfallen. Auch diese Sumpfpflanze wird einft der Bergangenheit angehören. — Der Versammlungsbuch ließ öfter zu wünschen übrig, jedoch haben fast alle Veranstaltungen einen ruhigen, sachlichen Verlauf genommen. Die Beitragsleistung war zufriedenstellend. Jedoch bei den Kampfbeträgen sind noch erhebliche Mängel vorhanden. Wir richten vor dieser Stelle aus den Appell an die Kollegen, ihrer Pflicht zu genügen. Die Lokalfaksie hatte eine Einnahme von 40 479,06 M., eine Ausgabe von 27 079,23 M., es verbleibt ein Kassenbestand von 13 399,83 M. An Unterstützungen kamen zur Auszahlung 81 068,05 M., darunter an Arbeitslose 15 098,55 M., an Kranke 13 724,85 M. — Die Organisation hat sich im alten Jahre gut entwickelt. Dies wird auch im neuen möglich sein, wenn jeder Kollege seine

Für die Woche vom 7. bis 13. Februar ist der 7. Bundesbeitrag für 1926 zu zahlen.

Pflicht tut. Die Konjunktur verspricht nicht schlecht zu werden. Nach Lage der Verhältnisse ist jedoch mit schweren Kämpfen zu rechnen. Deshalb, Kollegen, an die Arbeit! Bringt den letzten Mann in die Organisation! Wählt auf allen Baustellen Delegierte und löst scharfe Kontrolle! Selbst alle den Baugewerksbund zu auszubauen, daß Ihr mit Ruhe allen kommenden Stürmen entgegengehen könnt!

Dresden. In der am 10. Januar abgehaltenen und sehr gut besuchten Generalversammlung gab Kollege Grade den Jahresbericht. Ende des Jahres 1924 war noch nicht zu ahnen, daß wir 1925 eine gute Baukonjunktur bekommen würden. Nicht weniger als 23 Neubauten sind in unserm Vereinsgebiet entstanden. Davon waren 15 Wohnungsbau mit 23 Wohnungen. Außerdem wurden 8 andere Bauten ausgeführt; 11m- und Aufbauten wurden ebenfalls 8 durchgeführt, außerdem 36 Reparaturen. Tiefbauarbeiten waren 4,944 km Geleisenbau der Reichsbahn und ein Schießstand für den Schießverein. Trotz der regen Bautätigkeit sind in Dresden immer noch 120 Wohnungssuchende vorhanden, ihre Zahl ist nicht gesunken, sondern noch gestiegen. Unser Mitgliederstand hat sich gehoben. Gatten wir Ende 1924 167 Mitglieder, so waren es am Schluß des 3. Quartals 1925 247. Es war aber vorzuziehen, daß diese Zahl sich über den Winter nicht halten würde, da viele Kollegen den gewerkschaftlichen Geist noch nicht voll erfaßt haben und ihn nur dann betätigen, wenn ihr Weizen blüht. Immerhin gehen wir ins neue Jahr mit 210 Mitgliedern. In der Frage des Arbeitergehühes die Kollegen immer noch zu wenig Wert auf Leben und Gesundheit. Noch immer findet man Bauten, die mangelhaft oder gar nicht abgedeckt sind. Die Kollegen müssen derartige Fehler sofort dem Vorstand melden, damit Mängel geschaffen werden kann. Auch die Baudelegiertenbrüder sind noch zu wenig gewidrigt. In diesen Fällen bringen die Kollegen nicht den Mut auf, einen Baudelegierten zu wählen, auch dann nicht, wenn er nur als Einbegleitiger zwischen Kaufstelle und Vorstand fungieren soll. Auch wird in den meisten Fällen dem Vorstehen nicht berichtet, wie stark die einzelnen Baustellen besetzt sind. Unter diesen Umständen können selbst noch „Wilde“ ihr Dasein fristen, besonders bei den Hilfsarbeitern. Jeder Kollege muß sich seiner Pflicht dem Bund gegenüber bewußt sein. Unser Bund hat im vorigen Jahre schwere Kämpfe durchgeführt. Außerordentliche Maßnahmen waren nötig. Unsere Kollegen haben durch Streik ihren Lohn bedeutend verbessert, sie haben auch Mutation zusammengetragen, damit unsere Kollegen im Reich aushalten konnten. Jetzt stehen wir in der Krise; 193 Mitglieder sind arbeitslos. Stehen wir auch fernerhin zusammen in Freud und Leid, dann werden wir allen Stürmen gewachsen sein! Nachdem der Beirat über Maßnahmen für Erwerblosensbericht, gab Kollege Grade den Kassenbericht; ihm wurde Entlastung erteilt. Kollege Krüger dankte dem Kollegen Grade im Namen aller für seine aufopfernde Tätigkeit. Bei der Neuwahl wurde Kollege Grade als 1. Vorsitzender und 1. Kassierer wiedergewählt; ferner wurden gewählt: Kollege Schulz als 1. Schriftführer, Kollege Wipion als 2. Vorsitzender, Kollege Frisch als 2. Kassierer, und die Kollegen Wandrei, Krupp und Geier als Beisitzer oder Beisitzer. Dann war ein Referat der SPD. gemeindet, er sollte reden über die SPD. Der Vorstehen des Ortsausschusses, Kollege Schmeider, zeigte aber zum großen Verger einzelner Kollegen das wahre Gesicht der SPD., die die dritte Stufe der Kommunifischen Politik sei. Kollege Wipion verlangte dann den Vortrag des Kommuniften. Aber der Herr hatte bereits das Wort gesagt. Kollege Grade verlas dafür einen kleinen Schriftsatz aus einer Kommunifischen Broschüre, worin die Kommuniften sagen: „Nachdem die SPD. die Interessen des hungernden Volkes veraten, bleibe den Kommuniften nur übrig, auf dem Wege der SPD. für die Arbeiter einzutreten.“ Daran geht hervor, daß die SPD. politisch nicht neutral ist, wie immer behauptet wird. Es wurde beschlossen, jeden Vortrag der SPD. abzulehnen. Im April vollendet unsere Gewerkschaft ihr fünfundsiebzigjähriges Bestehen; dieser Tag soll festlich begangen werden. Mit einem brausenenden Beifall wurde unser Bund wurde dann die Versammlung geschlossen.

Ramens i. S. Am 21. Januar hielt unsere Baugewerkschaft ihre Jahresversammlung in Ramens ab. In dem Beschluß des Bundesvorstandes und Beirates, die Unterstützungsstelle bei Erwerblosensbericht um 50 % zu kürzen und die Unterstützungsbaureu auf 8 Wochen herabzusetzen, gab der Bezirksleiter Leypn i, Dresden, die nötige Aufklärung. Dann erstattete Kollege Dusch er

den Geschäftsbericht, woraus eine umfangreiche Tätigkeit der Verwaltung im verfloßenen Jahre hervorging. Kollege Böhner gab den Kassenbericht. Der Mitgliederstand betrug am Schluß des letzten Quartals 561. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dann sprach Kollege Weipion über die allgemeine Lage im Baugewerbe; er richtete ferner über den bisherigen Verlauf der Reichsarbeitsverhandlungen. Die Kollegen mögen treu zur Organisation halten, nur eine gute Organisation wird mit Erfolg vorwärtskommen. Der Obmann der Fachgruppe der Leipziger, Kollege Henschel, gab einen Überblick über die Lage im Scheibentöpfergewerbe. Früher war alles darangelegt worden, die Scheibentöpfer im Bezirk Ramens der Organisation zuzuführen; dies ist nach jahrelanger, mühselloser Arbeit gelungen. Durch den Uebertritt zum Baugewerksbund wurden dann die Gruppen leider auseinandergeriffen. Eine Zusammenarbeit war nicht mehr möglich, der größte Teil der Scheibentöpfer, besonders in Rulnits, Wilschdorf und Keutrich hat der Organisation den Rücken gekehrt. Deshalb wurden die Lohnverhandlungen immer schwieriger. Jetzt möchten die Unternehmer den Bezirkstarif befestigen. Die Ramenser Kollegen, die bisher treu zur Organisation gehalten, fangen jetzt ebenfalls an zu wanken. Die Bezirksleitung mußte dahin wirken, daß auf schnellstem Wege etwas unternommen wird. Der beste Weg sei, die Scheibentöpfer des Bezirks Ramens wieder zu vereinigen. Die Ramenser Kollegen werden seine Arbeit scheuen, um der Organisation die ihre Unterzogenen wieder zuzuführen. — Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Als Vorsitzender der Baugewerkschaft Ramens fungiert Otto Deutinger, als Obmann der Maurer und Hilfsarbeiter Paul Richter, als Obmann der Leipziger Hermann Henkel.

Kempten. (Jahresbericht.) Ueber das Baujahr 1925 ist nicht ausführlich Gutes zu sagen. Obwohl die Bauaktivität aus dem Baugewerkschaften liegen viel zu wünschen übrig. Die Lohnbewegungen brachten unsern Mitgliedschaft allerdings einmal eine Erhöhung des Lohnes und zwar für Facharbeiter insgesamt 29 1/2 je Stunde, und für Hilfs- und Hilfsarbeiter 26 1/2 im Laufe des Jahres, aber diese immerhin nicht unbedeutliche Lohnsteigerung der hinderte nicht die teilweise recht wilde Durchbrechung des Achtstundentages. Ein Versuch, dem Durchbrechen der 48-Stunden-Woche Einhalt zu gebieten, scheiterte an dem starren, entgegengefehlten Willen der Unternehmer, die sich auf die leider auch von organisierten Arbeitern geleistete Leberarbeit beriefen. Weitere Verhandlungsversuche waren angesichts dieser Verhältnisslosigkeit einer Anzahl Kollegen aussichtslos. Im Schlimmsten trieben es gewisse Aufstösler unter den Weispugern und Gipfern. Trotzdem in dieser Berufsgruppe der Achtstundentag betraglich festgelegt ist, arbeiteten die Weispugler der Firmen Jagamar und Baumann durchweg 10 Stunden täglich; leider, ohne von den übrigen Bauarbeitern an ihrem schändlichen Treiben gehindert zu werden. Kollegen unserer Vorlandes, die sich zum Zweck der Befestigung dieser Verhältnisse auf die Baustelle begaben, wurden mit Sinauswurf bedroht. Hierbei ist sich besonders der Gipfer Holmar bedroht, den wir überhaupt der allgemeinen Aufmerksamkeit bedürftig, den wir überhaupt empfinden möchten. Unter diesen ungünstigen Verhältnissen ist es auch mit dem Baudelegiertenverein nicht gut bestellt geworden. Von der vielfach herrschenden Unruhe der Kollegen gingen sie manchmal nur unter höchstem Druck an diesen wichtigen Posten heran. Ebenso ungewiß stand es mit dem Baudelegiertenverein, der für gewisse Kollegen überhaupt nicht zu bestehen scheint. In der Erwerbsarbeit für das Bundes wurden von der Baugewerkschaftsteilung Flugblätter und Handzettel verbreitet, ferner ein Aufruf zur Weisheit und je ein Werbeflugblatt des Bundesvorstandes und der Bezirksleitung. Neben dieser übrigen Werksarbeit auf der Baustellen wurden 7 Werksversammlungen abgehalten, wozu vier Referenten von der Bezirksleitung und einer vom Bundesvorstand einfinden wurden. Unsere Werksarbeit bezog sich auch auf die Abwehr der gegnerischen Agitation. Die Christlichen und die Ausgeriffenen waren immer bedroht, die Christlichen eines Teiles unserer Kollegen für Zwecke des Mitgliedschafts auszunutzen. Die Ausgeriffenen glaubten besonders unsere Werksarbeit für ihre Zwecke auszunutzen zu können. Das war vor allem anfänglich der Zeitungen der Kampfbeträge der Fall, wo sie um die Gunst der Beiratstragungsämtern waren. Im Berichtsjahre gelang auch noch die Union. Ein am Anfang ungenügendes Einberufenem berief ergebnislos, weil man uns die Beteiligung an einer öffentlichen Versammlung zumutete, in der ein Referat vom Baugewerkschaftenverband predigen sollte. Auf Karif in zelllichem Gebiet war unsere Baugewerkschaft ebenfalls tätig. Beim Karifant wurden zwei Klagen anhängig gemacht, wozu eine erfolgreich durchgeführt wurde. Die Firma Bercel wurde verurteilt, den Kollegen in Meiningen 9 1/2 je Stunde nachzugeben. Die zweite Klage hatte keinen Erfolg, weil der klagende Kollege verlagte. Wenn der Gewerbebericht sollten drei Klagenanträge ausgetragen werden, die aber wegen Abgabe falscher Aufbestände zurückgezogen werden mußten. Wegen die Bauhilfenbewegung verbunden sich die Unternehmern auch in Kempten. Im der Genossenschaft gegenüber wehrverwehrtig zu bleiben, übten sie Schmutzkonturenung durch Abgabe von Kampfangeloten, die ihnen die Innehaltung laizifischer Bestimmungen erschweren. Deshalb wurden Kollegen, die Anspruch auf die Entfernungszulage hatten, einlaufentlassen. Vom 13. bis 18. Juli nahm wir eine Bauhilfenaktion auf. Leider ohne genügenden Mitarbeit der Kollegen. Alle Kollegen unserer Baugewerkschaft mögen sich doch einmal überlegen und prüfen, wie viel Arbeit auf den Schultern des Vorstandes, besonders des Kassierers, ruht und wie viel mehr Nutzen zum allgemeinen Besten der Genossenschaft geleistet werden könnte, wenn die Kollegen mehr und zahlreicher an der Organisationsarbeiten laizifischen Anteil nehmen würden. In diesem Bericht gerügten Mängel müssen dann doch überwunden sein! Mehr als früher müssen die Kollegen in ihrer Gesamtheit hinter dem von ihnen selbst gewählten Vorstand stehen. Dieses Fleiß und bessere Sozialpolitik will, der arbeitsfähig und in unserm Bund. Wer nicht Wertepfennig als Lohn will, wer nicht mehr wertvolle Leistungen aufgeben bekommt will, der muß mit uns Schuler an Schuler sein, die Ziele des Deutschen Baugewerksbundes kämpfen.

Aufschlag. Am 23. Januar hielt unsere Baugewerkschaft ihre diesjährige Generalversammlung auf. Kollege E. Böhm gab den Bericht über das vergangene Jahr. Das Jahr 1925 war für die gesamte Bauarbeiterchaft ein Kampfsjahr; es ist den Unternehmern nicht gelungen, uns Niedrigzinsen. Kollege Hoffmann gab denassenbericht. Dabei dankte er vor allem den Unterlasserern für ihre Hilfsleistungen im vergangenen Jahre; nur dadurch war es möglich, den Massenstand auf die Höhe von 925,46 M zu bringen. Bei der Gesamtmaßnahme wurde die alte Verteilung wiederhergestellt. Zur Frage der Fürsorgeentwässerung wurde eine zukunftsweisende Entscheidung angenommen; die schamlosen Forderungen der Fürsten müssen mit aller Energie zurückgewiesen werden.

Planen i. B. (S. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.) Während des milden Winters 1924/25 war es möglich, fast alle im Jahre 1924 begonnenen Aufträge fertigzustellen. Dies trug mit dazu bei, daß im Berichtsjahre erst im April die Bautätigkeit anfing, sich zu entfalten. Von Anfang Januar bis Mitte April waren im Durchschnitt noch 50 % aller Mitglieder arbeitslos. Gärten die Bauämter ihre Wohnungsbauprogramme früher auf- und die Zeichnungen rechtzeitig fertiggestellt, so würde der Arbeitslosigkeit früher abgeholfen worden sein. Die private Wohnungsbauwirtschaft lag völlig daneben. Wegen des Geldmangels sind auch eine Reihe öffentlicher Bauvorhaben nicht oder nur teilweise zur Ausführung gekommen. Abgesehen von der fast neunwöchigen Auslieferung, die im Januar und Februar des Berichtsjahres 75 % aller Bauten umfaßte, wurde von Ende April bis Mitte November durchgearbeitet. Dann setzte aber die Arbeitslosigkeit stark ein und bis fast 70 % aller Bauarbeiter ergriff. Es schien, als wenn der Amtsdamm der Bauverhältnisse völlig stehen bliebe. In Planen wurden im Berichtsjahre 69 Wohn- und Geschäftshäuser mit 171 Wohnungen errichtet. In den Jahren 1912/13 waren es durchschnittlich 50 Wohnungen. In 44 Wohn- und Geschäftshäusern, 8 Fabriken und in 17 Hinter- und Seitengebäuden wurden Umbauten vorgenommen. Reparaturen wurden insgesamt 318 ausgeführt. Dazu kamen noch 42 Krananlagen, mehrere Straßenbauten in den Gieblungen und die Herstellung des Fußgänger. Letztere waren Postanstandsarbeiten. Es wurden dort aber nur wenig Bauhilfs- und Erdarbeiter beschäftigt. Der größte Teil von ihnen war obenrichtig noch unorganisiert. Die Baugewerkschaft Planen hatte alles mögliche versucht, für die Postanstandsarbeiter Tariflöse zu erreichen. Ende Mai wurde endlich den Drängen stattgegeben. Die Postanstandsarbeiter erhielten tarifliche Löhne, stellten sie ein, organisierten sich aber trotz wiederholter Aufforderung nicht. Wie unheilvoll solche Organisationsfeindschaft auf die Entwicklung der Wirtschaftseinerlei einwirkt, hat das Jahr 1925 besonders deutlich gezeigt. In Wohnzwecken wurden für Maurer 28 3/4 % und für Tischler 19 %, aber für Tischlerarbeiter nur 9 % erzielt. Schwere, operierende Arbeiter, die uns von den sehr gut organisierten Unternehmern in Verbindung mit Gemeinwohlfahrt, Reich, Staat und Gemeinden gewaltsam aufgehalten wurden, haben zu unserem Erfolg geführt. Der Bauarbeiterstreik wird immer noch nicht genügend beachtet. Die Kollegen geben nicht auf die Erhaltung ihrer Gesundheit, der Lebens- und Arbeitskraft. Die Unternehmer bestimmen die getragenen Stellen und bringen Anträge auf Abbau des Arbeiterstandes ein. Sie wollen nicht nur auf Kosten der Lebenshaltung, sondern auch auf Kosten der Gesundheit und des Lebens ihre Gewinnhöfe vergrößern. Das ist ihr Alibi für die Inangabe der Wirtschaft. Dadurch soll eine Verbilligung des Bauens herbeigeführt werden. Die Zahl der Unfälle, besonders der schweren, ist gegenüber der Vorjahreszeit um 30 % gestiegen. Zu der Verminderung der Miete der Volksträfte während des Krieges hat nun auch noch eine größere Verdrängung auf dem Schlachtfeld der Arbeit eingeleitet. Deshalb fordern wir Durchführung und Verbesserung der Bauarbeitergesetzgebung. Besonders wenden wir uns gegen die Anstellung von Kontrollleuten aus Arbeiterkreisen. In Planen erwägt die Bauwohlfahrt und stellt Nachforschungen an, ob die Forderung: Anstellung von Baukontrollleuten aus Arbeiterkreisen schädlich oder nützlich ist, ob sie sich in anderen Großstädten und Bezirken bewährt hat. Wir können der Forderung nur empfinden, diese Nachforschungen sind durchzuführen. Im Berichtsjahre mußten außer den tariflichen Entlohnungen die ortsüblichen Bezüge angerechnet werden, um entweder durch Vergleich oder durch Streit den Kollegen zu ihren finanziellen Ansprüchen auf die Unternehmern zu verhalten. Dieses Kapitel ist den Unternehmern und ihren Syndikats besonders unangenehm. Alle Syndikats sind gegen sich die rechtliche Mühle, die uns in Anspruch auf den demütigsten Abkommen vom 11. Juni 1924 streitig zu machen. Termin auf Termin wurde angelehrt. Nicht geglaubt und unrichtige Aussagen wurden von den Zeugen aus Kollegenkreisen gemacht, denen man mehr Freigabe zugewandt hätte. Durch Maßregelungen scheinen einige Unternehmer besonders aufpassen zu wollen. Es gibt aber Unternehmernangestellte, die die Unternehmern an indirekten Maßnahmen noch übertreffen. Die größte Anzahl der Streikfeiern, außer den Großkämpfen, konnte friedlich geschlichtet werden. Ein recht anmaßendes Auftreten zeigten einige Steinsetzern. Die Firma Schmidt & Schirmerling tut sich besonders darin hervor, weil sie glaubt, die Firmen im Stadtdamm auf ihrer Seite zu haben. Leider wird sie auch durch das unsozialistische Verhalten eines Teiles der Arbeiter in ihrem Betriebe dazu ermutigt. Diese Arbeiter sind schuld daran, daß der siebenwöchige Kampf vorerlangt; war doch die Hälfte der Belegschaft zu Streikbrechern geworden. Im Jahre 1925 wurden von der Baugewerkschaft Planen 760 Mitglieder aufgenommen. Die Hälfte davon ist dem Bunde wieder untreu geworden. Es verliert aber ein immerhin erfreulicher Zuwachs von 850 Mitgliedern. Die Kämpfe haben die Hauptfälle 115 000 M, die Sozialfälle 3000 M gezeitigt. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sind 34 000 M ausgegeben worden. In der am 17. Januar stattgefundenen Vertreter-Generalversammlung wurde dem Gesamtverband einstimmig Entlassung erteilt. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder: Wöber, J. Wörbenberg, Geil, Schriftführer, und Beck, Weisner, wurden einstimmig wiedergewählt. In Stelle des bisherigen 2. Kassierers Ernst Seeger, der wegen seines hohen Alters auf Wiederaufnahme verzichtete, wurde Kollege Rudolf Raab gewählt. Die Kollegen Weisner, Böck und Helfrich wurden als Bauarbeiterkommissionsmitglieder bestätigt.

Aus den Fachgruppen

Fenerungs- und Schornsteinmurer.

Die Tarifabteilung der Reichsbauverwaltung teilte mit, daß die letzte Lohnfestsetzung, wodurch die Löhne vom 3. Dezember 1925 bis 31. März 1926 geregelt sind, nunmehr für alle gemeinverbindlich erklärt worden ist. Wir hatten bei den früheren Lohnfestsetzungen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht beantragt, da die Lohnhöhen zu schnell geändert werden mußten. Nach Rücksprache mit Vertretern der Reichsbauverwaltung hatten wir dann gemeinsam mit den Unternehmern den Antrag gestellt. Die Entschädigung ist am 27. Januar 1926 auf Blatt 7411 Nr. 6 des Tarifgesetzes eingetragen.

Berlin. In der am 19. Januar stattgefundenen Fachgruppenversammlung erlatte Kollege Schindler den Jahresbericht. Er berichtete dabei auch den Streit im Berliner Baugewerbe und den Niedergang auf dem Arbeitsmarkt in unserer Berufsgruppe. Es wird noch viel zu tun sein, um das Bestehende aufrechtzuerhalten. Die Neuwahl ergab: Carl Schade als Fachgruppenobmann, als Stellvertreter Johann Rademski, als Schriftführer Otto Wähler, als Kassier Rudolf Hertel, Ernst Seifauer, als Wähler, als Vertreter der Reichsbauverwaltung Otto Wähler, Kollege Schade sprach noch über den Aufbau der Fachgruppe; dabei erwachte er eingehend den Aufbau der Fachgruppe; hierzu wurde ein Antrag angenommen, durch Eintragung in den Kollgen der noch eine genaue Kontrolle einzuführen. Auch den Kollgen der Fachgruppe, die als Betriebsräte auf den einzelnen Baustellen tätig sind, wurde aufgegeben, um alle organisierten Fragen (Aufbau, Agitation, Arbeitsmarktvermittlung) einheitlich zu regeln, in engerer Fühlung mit der Organisation zu bleiben. Dies ist notwendig, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen so geregelt werden sollen, wie es im Gesamtinteresse der Fachgruppe liegt.

Glaser.

Augsburg. Am 28. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Kollege Bergmann vom Ortsverband gab einen überaus interessanten Bericht über das vergangene Jahr. Er forderte auf zu treuer Pflichterfüllung, auch wegen der noch ausstehenden Streikbeiträge; jedes Säumen trägt sich schließlich an den Kollgen selbst. Der nun folgende Jahresbericht zeigte die emigre Tätigkeit der Organisation. 15 Kollgen gehören der Fachgruppe an, 8 sind noch unorganisiert; auch diese müssen noch gewonnen werden. Als Obmann wurde Kollege Weninger, als Stellvertreter Horst, als 1. Schriftführer Kraus, als 2. Schriftführer Schur, als Kassierentbehalter für das Lehrlingswesen Wolmloch gewählt. Delegierter zur Vertreterversammlung wurde Förster. Der Obmann gab noch die Kündigung unseres Tarifvertrages durch die Meister zum 1. April bekannt. Es wurde beschlossen, die Vorarbeiten zu einem neuen Vertrag einzuleiten. Erwähnt wurde noch, daß der Lehrlingsfrage mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden mußte. Das unkollegiale Verhalten einiger Kollgen wegen Überarbeit fand scharfe Verurteilung.

Breslau. Injere am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung war sehr gut besucht. Kollege Horn gab einen kurzen Bericht, der sich hauptsächlich mit dem letzten Streit befaßte. Dabei hatten sämtliche davon betroffenen Kollgen ihren Mann gestanden. Von der Leitung des Bauergewerksundes ist nichts unberührt geblieben, um die Bewegung zu einem günstigen Resultat zu führen. Die Bewegung hätte vielleicht etwas eher einsehen können, doch sind die Arbeitsmöglichkeiten im Glasergewerbe nur immer von ganz kurzer Dauer, so daß es schwer ist, den richtigen Zeitpunkt zu erfassen. Auch die große Anzahl der Inorganisierten war ein Hemmnis, namentlich bei der Firma W. S. H. und den sogenannten Schwarzgläsern. Mit dem Gesamterfolg des letzten Jahres könne man zufrieden sein; die Löhne wurden verbessert, die Ferien, der Montagszuschlag, die Regelung der Überstunden konnten gehalten werden. Kollege Weise von der Baugewerkschaft erinnerte die Kollgen noch ganz besonders, wie bisher so auch ferner ihren Mann zu stehen. Die Neuwahl der Fachgruppenleitung ergab die Wiederwahl des Kollgen Horn als Obmann, des Kollgen Strieder als Stellvertreter. Als Schriftführer fungiert wieder Kollege Calzbrunn.

Erfurt. Am 23. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Kollege Kobl berichtete über die Tätigkeit im vorigen Jahre. Obwohl nur vier Versammlungen — außerdem eine Bezirkskonferenz — stattgefunden, war der Versammlungserfolg nicht gut. Auch der Mitgliederstand der Fachgruppe hat abgenommen. Die Namen der Ausgewählten fallen in der nächsten Versammlung berufen werden. Als Obmann wurde Kollege Kobl, als dessen Stellvertreter Silberbach und als Schriftführer Hilbert gewählt.

Planen i. B. (S. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.) Am 24. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Kollege Vortisch berichtete ausführlich über seine Tätigkeit, besonders über die stattgefundenen Kämpfe. Injere Lohnkampf hatten wir nach zwei Fronten zu führen, und zwar gegen das besonders rückständige Unternehmertum und gegen unsere eigenen Kollgen im Holzarbeiterverband. Diese stellten sich dem Wunsch eines eigenen Vertrages hindernd in den Weg; sie verweigerten auch eine gemeinsame Arbeitsniederlegung. In diesem Verhalten gaben sie ihrer Oberverwaltung und der Gaulteilung die Schuld. Die Konsequenzen daraus haben sie allerdings nicht gezogen. Aber auch ein erheblicher Teil unserer eigenen Kollgen hat mit dazu beigetragen, daß unser Kampf nicht erfolgreich zu Ende geführt werden konnte. Sie zogen vor, in der entscheidenden Versammlung nicht zu erscheinen. Kollege Vortisch forderte für dieses Jahr mehr Tatkraft und Geschlossenheit. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der alten Funktionäre.

Stukkateure und Putzer.

Dresden. Alfred Ränger tot. Vielen Kollgen Deutschlands war unser Kollege Ränger bekannt; hat er doch öfter die Dresdener Kollgen auf unsern Verbandsplätzen vertreten. Im Jahre 1918 im Felde beschädigt gewesen, hat er dann beinahe 10 Jahre unter den Folgen dieser Verletzung gelitten, bis ihn am 23. Januar davon der Tod erlöste. In Ränger bekamen wir einen unserer besten Kämpfer. Nebegericht war er bereit, sein Leben einzusetzen für das Wohl seiner

Kollgen. Noch im Frühjahr 1914 fungierte er als Streikleiter. Wenige Monate später wurde er im blühenden Alter von 37 Jahren durch den Krieg aus seiner regen Tätigkeit gerissen. Nun ist er uns auf immer entzogen. Seine treue Pflichterfüllung aber wird ihm weit über die Grenzen Dresdens hinaus ein dauerndes Andenken sichern. Möge sein Beispiel allen Kollgen ein Ansporn sein, treu auszuhalten und das begonnene Werk weiterzuführen bis zum endgültigen Siege!

Geisbrunn. Angeblich um die Bestrebungen zum Abschluß eines Bandstarfs nicht zu kommen, haben die Unternehmern, die in einer „Freien Zunftung der Gipser- und Stukkateure, meißter Geisbrunn und Umgebung“ organisiert sind, den Tarifvertrag gekündigt. Der Vertrag geht bis 2. Februar; er wäre ein volles Jahr weitergelaufen, wenn er nicht gekündigt worden wäre. Das Lohnabkommen gilt bis zum 28. Februar dieses Jahres.

Weimar. Die unterbeschäftigte, auf solcher Information beruhende Beschäftigung gegen die Kollgen Skonak, Penzinger und Augustin in Nr. 4 des „Grundstein“ wird widerrufen.

Töpfer und Fliesenleger.

Dresden. In der am 21. Januar gutbesuchten Fachgruppenversammlung erinnerte der Obmann auf die Zahl der noch fehlenden Ferienverträge hinzu und die der Baugewerkschaft zu melden, damit diese die entsprechende Anzahl beim Bundesvorstand anfordern kann. Jeder Fliesenleger muß im Besitz eines solchen Vertrages sein. Wir weisen wiederholt darauf hin: Bei 40 Ferienmarken innerhalb 63 Wochen — vom Tage der Ausstellung der Ferienkarte an gerechnet — in seiner Karte hat, ist der Fliesenleger, die Ferien zu nehmen. Nur wer weniger als 40 Marken innerhalb 63 Wochen aufbringen konnte, kann Anspruch auf Bezahlung der Ferienzuschläge erheben, das heißt, er braucht kein seine Ferien zu nehmen. (Siehe § 4 des Vertrages.) Wer seine Ferien beendet, hat sofortigen Anspruch auf weitere Ferienmarken. Die Ferienmarken müssen hintereinander in die Karte eingeleitet werden, und nicht, wie in der Nummer 51 des „Grundstein“ von dem Unterzeichneten geschrieben wurde, daß arbeitslose Wochen frei bleiben müssen. W. V. J. G.

Bezirksverband Sachsen. Kollege Albin Wier ist schwer erkrankt. An seiner Stelle wird bis auf weiteres Kollege Eduard Hörig funktionieren. Alle Aufschriften sind zu richten an die Bezirksleitung in Dresden, Ritzbergstraße 6, 1. Etage. Wir bitten unsere Kollgen, das zu beachten, damit unliebsame Störungen in der Erledigung der Geschäfte unterbleiben.

Dresden. In der am 21. Januar gutbesuchten Fachgruppenversammlung erinnerte der Obmann noch einmal an die großen Verdienste des kürzlich verstorbenen Kollegen Karl E. H. H. Die Versammlung sollte sein Andenken in der üblichen Weise. Dann hielt Genosse Starke einen lehrreichen Vortrag über Krankenversicherung. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Weil einige Kollgen sich nicht an die Bestimmungen unseres patentes Arbeitsniederlegung halten, wurde von der erregten Versammlung folgender Antrag gegen 2 Stimmen angenommen: „Umfassend ist strengstens verboten, bei Verstößen gegen diesen Beifall soll das betreffende Geschäft gesperrt werden.“ — Auf dieselben Wunsch wird im Volkshaus am Abend des 7. März ein Genratberichts für die Kollgen errichtet.

Gotha. Am 28. Januar hielt unsere Fachgruppe ihre Hauptversammlung ab. Das Andenken des am 19. Januar plötzlich verstorbenen Kollegen Karl E. H. H. wurde besonders geehrt. Mit ihm haben wir einen alten, treuen Gewerkschaftskollgen verloren. Drei Jahrzehnte hat er in der Organisation gewirkt. Die Notmaßnahmen des Bundesvorstandes in den Unterzunftungsfragen wurden als richtig anerkannt. Nicht erfreulich ist es, daß im Bunde der Bedanke auf Schaffung einer großen Kundendienstorganisation zum Stillstand gekommen ist. Wir sind in der Meinung, daß sich alle zum Bauernruf gehörigen und in der Industrie der Steine und Erden beschäftigten Arbeiter im Bauergewerksbund zusammenschließen müssen; das befragt auch unsere Satzung. In den Schrittzügen müssen wir, ob Offenher, Former oder Geschirrtreher, in fester Fühlung mit den andern Orten Thüringens bleiben. Nur so können wir Ertragsfähiges schaffen. — Die Kollgen der Geschirrtreher haben schon längere Zeit Kurzarbeit, zum Teil müssen sie aussetzen. In der Denkbare haben wir seit Neujahr auch „Werkzeugaubung“. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, und zwar Kollege Siegmund als Vorstandsmittglied zur Baugewerkschaft und Kollege A. U. E. B. A. G. als Obmann der Fachgruppe.

Garnen. In einer hier entstandenen neuen Denkschrift bestehen Differenzen wegen Festlegung eines geeigneten Formenartikels. Bevor nicht eine Regelung stattgefunden hat, müssen die Kollgen Arbeitsangebote von Garnen ablehnen. Die Firma behauptet, so viele Töpfer bekommen zu können, wie sie nur haben will; es muß hier aber das Gegenteil bewiesen werden. Die Ofenformer Deutschlands haben während ihres Kampfes im Sommer nur einen Streikbrecher unter sich gehabt; sie werden auch diesmal beweisen, daß auf sie als Lohndrücker nicht zu rechnen ist.

Hirschberg i. S. Injere letzten Versammlungen beschäftigten sich fast ausschließlich mit den Zuständen in der Ofenfabrik von P. G. O. E. L. Nachdem wir die Injerenstufen im Spätkommer aufgehoben hatten, suchte die Firma im „Grundstein“ wachsend nach Arbeitskräften, als ob sie Miesenaufrage hätte. Als jedoch die durch Inflationsergebnisse verursachte Tarifbestrafung kam, kam es zur Kurzarbeit, am 24. Dezember sogar zur Stilllegung des Betriebes, ohne die gesetzlichen Bestimmungen der vierwöchentlichen Anmeldeung, die in der Verordnung über Betriebsstilllegungen vom 8. November 1920 voraussetzung sind, einzuführen. Die Kollgen werden für die Zeit den Lohn eintragen. Die hier zugezogenen Kollgen mußten enttäuscht Hirschberg wieder verlassen, ohne daß es allen gelang, bei der bürgerlichen Jahreszeit wo anders Arbeit zu erhalten; die hier anwesenden Kollgen fielen der Erwerbslosenfürsorge anheim. — Schuld an diesen Zuständen soll Geld- und Währungsreform sein. Der erste Grund ist nicht stichhaltig. Als die Betriebsverteilung den Vorschlag machte, aus diesem Grunde nur 50 bis 75 % der verdienten Löhne zur Auszahlung zu bringen und den Rest vorläufig als Guthaben der Geschäftsführung zu buchen, wurde dies durch die Betriebsleitung abgelehnt. Auch hier zickte 1600 M monatlicher Gehälter ist noch Geld übrig.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

- Altenburg. Gustav Uebel, Maurer, 76 Jahre alt.
Banken. Hermann Hoffmann, Dienstgeber, 66 Jahre alt.
Danzig. Joh. R. Ploviski, Maurer, 54 Jahre alt.
Dortmund. Wilh. Vogelrose, Maurer, 47 Jahre alt.
Dresden. Alfred Langer, Schulfahrer, 47 Jahre alt.
Max Hamm, Maurer, 50 Jahre alt.
(Kloßsch.) Max Birnstengel, Hilfsarb., 40 Jahre alt.
(Selbersdorf.) Hermann Ossa, Maurer, 63 Jahre alt.
Effen. Gustav Bastke, Grubenmurer, 31 Jahre alt.
Frankfurt a. M. (Huppertsb.) Heinr. Klib, Maur., 53 J.
Gotha. Karl Höch, Köppler, 50 Jahre alt.
Gamm. (Kamen.) Josef Gratkowski, Hilfsarb., 21 Jahre alt.
Kiel. (Eimichenhagen.) Fritz Storm, Maurer, 51 Jahre alt.
Krefeld. (Grefrath.) Joh. Jakobs, Maurer, 59 Jahre alt.
(Willich.) Peter Linzen, Maurer, 35 Jahre alt.
Magdeburg. (Egeln.) Gust. Bierstedt, Maurer, 79 Jahre.
Marienwerder. Karl Pirk, Hilfsarb., 52 Jahre alt.
Mürnberg. Johann Pürner, Hilfsarbeiter, 46 Jahre alt.
Mürnberg. (Gürth.) Joh. Fees, Hilfsarb., 62 Jahre alt.
(Nloth.) Georg Gänger, Maurer, 56 Jahre alt.
(Saufmholz.) Georg Eckert, Hilfsarb., 54 Jahre alt.
Potsdam. Carl Köhler, Hilfsarbeiter, 73 Jahre alt.
Sonderhausen. Franz Koch, Maurer, 40 Jahre alt.
Straßburg. Paul Reimer, Sehlbing, 20 Jahre alt.
Tetrow. (Gr. Roge.) Rud. Roggela, Maurer, 51 Jahre alt.
Traunstein. Ludwig Schmidhofer, Maurer, 48 Jahre alt.
Zeitroba. (Weißendorf.) Herm. Richter, Maurer, 51 J.

Achtung!

Bauarbeiter!

Achtung!

Pflicht der organisierten Bauarbeiterschaft ist es, sich außer in der Pflichtkranken- und Sterbekasse auch in der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands

gegen Krankheit und Sterbefall zu versichern. Damit schützt jeder sich und seine Angehörigen in solchen Fällen vor ärgerer wirtschaftlicher Not. Gewiß, es ist schwer, bei den schlechten Zeiten den Beitrag zu erbringen. Aber bedenkt, daß eure Angehörigen im Krankheits- oder Sterbefall des Ernährers nur ein geringes oder gar kein Einkommen haben! Wir treten mit unserer Aufforderung an Euch deshalb heran, weil die Pflichtkranken- und Sterbekassen bei weitem noch nicht das leisten, was nötig ist. Gerade die baugewerblichen Arbeiter müssen es am stärksten fühlen, wenn sie im Sommerhalbjahr bei leidlichem Einkommen den weitaus größten Teil des Jahres hohe Beiträge zahlen und in der ungünstigen Jahreszeit, bei Kurzarbeit usw., nur so viel an Krankengeld erhalten, als sich aus der Berechnung der letzten Beitragswochen ergibt.

Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands wurde im Jahre 1877 von Bauarbeitern gegründet, wird von diesen getragen und verwaltet.

Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands hat nicht das Bestreben, große Vermögen anzuhäufen (außer dem gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds), um damit kapitalistische Unternehmungen zu finanzieren, wie dies auf andere private

Versicherungen zutrifft; sie verwendet alles nur für die durch Krankheit und Sterbefall in wirtschaftliche Not geratenen Mitglieder.

In der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands haben — wie sich aus den Satzungen ergibt — nur die Mitglieder das Recht, in ihrer selbstgewählten Generalversammlung über die Höhe der Beiträge und Leistungen zu beschließen.

In der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands sind die Beitragsleistungen und Unterstellungen nach Klassen eingeteilt. Sie betragen:

Table with 3 columns: Wöchentlicher Beitrag, Krankengeld, Sterbegeld. Rows 1-4 showing different classes and their respective contributions and benefits.

Das Beitragsgeld beträgt 1 M. Jeder Kollege wird bis zu seinem 50. Lebensjahr aufgenommen.

Wohnen an einem Orte im Umkreise von 6 km mehr als 20 Mitglieder, so kann vom Vorstand eine Verwaltungsstelle errichtet werden; sind es weniger, so melden sich die Mitglieder bei der Hauptkasse als Einzelmitglieder an. Weitere Auskünfte werden jederzeit gern vom Vorstand gegeben, auch steht jedes benötigte Material zur Verfügung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter Deutschlands. / „Grundstein zur Einheit“. Der Vorstand: H. Begg.

Billige böhm. Bettfedern...
Vertreter für Weine und Spirituosen...
Bernhard Wolf, Mainz am Rhein, Telefon 589.

Schlezer-Käse...
Kugelfäse...
Ihr Geldbeutel wird fett...
Koller, Bruchthal 51, am Preisliste.

Netzmassen...
Musikinstrumente für Orchester, Schallmusik, Verlangen Sie Preisliste Max Dörfler, Klingenthal, S. Nr. 37

Neue Gänsefedern...
bestens gewaschen, ohne Schmutz und Staub, leichtwiegend, wie v. d. Gans gepulvert mit allen Daunen...

Fritz Rauer, Gläserhändler Neulobbin 13 (Görbruch).

Advertisement for REEMTSMA A.G. featuring a large illustration of a factory interior with workers and machinery. Text includes 'DIE ZWÖLF HAUPTURSACHEN DER LEISTUNGSFAHIGKEIT DER CIGARETTENFABRIKEN REEMTSMA A.G.' and 'No 8'.

Teigt Euer Bundes- absetzen!
Apfelwein...
M. Mosberg, Bielefeld.

M. Mosberg, Bielefeld. Spezial-Maurerleidung, Teakholz-wasserwagen, Maurerfellen, Joländer in den bekannten unerreichten Qualitäten. Preisliste gratis.

Mandolinen, Lauten, Gitarren, Violinen etc. Sprech-apparate und Platten, Harmonikas, Uhren, Photo-graphische Apparate etc. Jil. Katalog A gratis u. frei. Walter H. Garitz, Postfach 964 Berlin S. 42.

Sie sparen bis 100%
Große Farmar-Zigarren...
Bekanntmachung

Bekanntmachung
Wir verkaufen Bekleidungsstücke aus Icceresbeständen u. sonst. günstig. Partienposten sehr vorteilhaft u. offerieren:

Reklamepreis nur 5.- Mark
kostet echte deutsche Herron-Anker-Uhr Nr. 51, echt versilbert mit Goldrand...

MUSIK INSTRUMENTE
HARMONIKAS, LAUTEN, GUITARREN, MANDOLINEN, Sprechapparate etc.

Reklamepreis nur 5.- Mark
kostet echte deutsche Herron-Anker-Uhr Nr. 51, echt versilbert mit Goldrand...

Uhren-Klasse, Reolin 244, Zossener Strasse 8.